



An die
Parlamentsdirektion

per interner Versand

Stubenring 1, 1010 Wien
DVR: 0017001

AUSKUNFT
Mag. Florian Reininger
Tel: (01) 711 00 DW 862259
Fax: +43 (1) 7158258
Florian.Reininger@sozialministerium.at

E-Mail Antworten sind bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse
post@sozialministerium.at zu richten.

GZ: BMASK-10001/0013-I/A/4/2017

Wien, 09.03.2017

Betreff: Bürgerinitiative: 111/BI: "die ökologische Ausrichtung und die soziale Absicherung der Energiewende in Österreich. Zum Wohlergehen der Menschen und zur Schonung von Lebensräumen und Natur."; Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz nimmt mit Bezug auf das Schreiben vom 18.01.2017, Zl. 111/BI-NR/2016, zur Bürgerinitiative Nr. 111/BI: "die ökologische Ausrichtung und die soziale Absicherung der Energiewende in Österreich. Zum Wohlergehen der Menschen und zur Schonung von Lebensräumen und Natur." wie folgt Stellung:

Vorweg wird festgehalten, dass das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über keine federführende legistische Kompetenz verfügt, um Änderungen in den in der Bürgerinitiative angeführten Bereichen vorzunehmen. Über diese Kompetenzen verfügen das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie die Bundesländer.

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz teilt im Grundsatz die in der Bürgerinitiative dargelegte Forderung, die Erzeugung von (Öko)energie solle möglichst nachhaltig und kosteneffizient erfolgen. Allerdings sind der Ausbau von erneuerbarer Energieerzeugung, die Nachhaltigkeit und die Leistbarkeit doch meist diametral entgegengesetzt und nicht immer leicht vereinbar.

Für das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz spielen am Weg zur Energiewende die Leistbarkeit von Energie, Wohnraum und Mobilität für die Bürgerinnen

und Bürger, die Versorgungssicherheit und die Infrastrukturqualität sowie eine faire Verteilung von Kosten und Nutzen entsprechender Maßnahmen jedenfalls eine entscheidende Rolle.

Dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ist die Deckelung der Belastung von einkommensschwachen Haushalten durch die Förderung von Ökostrom ein wichtiges Anliegen, dem besondere Bedeutung beigemessen wird. Die durch die Deckelung der Belastung von einkommensschwachen Haushalten entstehenden Mehrbelastungen für nicht einkommensschwache Haushalte sind im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen für Ökoenergieförderung äußerst gering, sodass die Deckelung jedenfalls vertretbar und geboten erscheint.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass derzeit die österreichische Klima- und Energiestrategie 2030 erarbeitet wird, die im Sommer 2017 den Ministerrat passieren und einige in der Bürgerinitiative angesprochenen Themenfelder adressieren wird.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Bundesminister:

Dr. Peter Gamauf

Elektronisch gefertigt.